77. Jahrgang. Nr. 569 — Sonnabend, 3. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Rm. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Rm. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 800 Pfg. abg. Krisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Aletzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schleicher bei der Bildung des Kabinetts

Uebergangslösung

Die Regierungskrise, die so reich an neuen Momenten, an sich widersprechenden Gerüchten und an dramatischen Zuspitzungen war, ist durch die Beauftragung des Reichswehrministers v. Schleicher mit der Kabinettsbildung endlich beendet worden. Wenigstens vorläufig, denn die weitere Entwicklung hängt vom Reichstag ab, der ja am 6. Dezember zusammentritt und dann in kurzer Frist zu entscheiden hat, ob er dem neuen Reichskanzler und seinen Ministern eine Arbeitsmöglichkeit für die nächsten Monate gewähren wird, oder ob diesem das gleiche Schicksal droht, wie dem Kabinett v. Papen. Die Formen, unter denen die Beauftragung Schleichers zustande kam, sind, wie wir bereits hervorgehoben haben, reichlich ungewöhnlich. Eigentlich hatte bis kurz vor der Entscheidung niemand mehr an eine Kanzlerschaft Schleichers geglaubt, nachdem sich seine ersten Sondierungsversuche als wenig erfolgreich erwiesen hatten. Als die Verhandlungen mit Hitler an bedauerlichen Mißverständnissen gescheitert waren, hatte Schleicher die Aufgabe übernommen, seine guten Beziehungen zu den Nationalsozialisten dahin auszunützen, eine Verständigungsgrundlage herzustellen, auf der es auch für die Partei Hitlers möglich sein würde, an einer Lösung der Krise mitzuarbeiten, bei der allerdings Schleicher das Reichskanzleramt gemäß dem Wunsche des Reichspräsidenten selbst übernehmen sollte. Seine Bemühungen liefen zunächst darauf hinaus, von den Parteien, womöglich von links bis rechts, über den Winter hinweg durch Abschluß eines innerpolitischen Waffenstillstandes toleriert zu werden. Von Anbeginn seiner Verhandlungen an war klar, daß es Schleicher vermeiden wollte, seinem Kabinett einen Konfliktscharakter zu geben. Er suchte zu diesem Zweck seinen großen Einfluß und seine reichen Beziehungen zu allen politischen Gruppen einzusetzen, die er sich im Verlauf seiner Tätigkeit als Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium erworben hatte. Trotzdem schien es so, als ob er wenig Glück haben würde. Die nationalsozialistischen Unterführer, an die er sich zunächst wandte, erklärten, daß nicht sie, sondern allein Hitler Verhandlungen für die Nationalsozialisten führen könne. Daraufhin bat Schleicher Adolf Hitler, der sich wieder in München aufhielt, telephonisch um eine neue Unterredung. Als die Nachricht kam, daß Hitler tatsächlich den Berliner Nachtschnellzug bestiegen hatte, wuchs die Spannung im ganzen nationalen Lager auf den Höhepunkt. Die Frage wurde gestellt, ob es dem bekannten Verhandlungsgeschick Schleichers gelingen werde, die Nationalsozialisten zu einer Mitarbeit zu bewegen, die den Wünschen der beiden Seiten Rechnung tragen würde. Jedoch Hitler kam nicht in Berlin an. Er hatte in Jena den Zug verlassen und sich in den thüringischen Wahlkampf begeben. Neue telephonische Versuche, ja schließlich die Entsendung eines Sonderkuriers nach Weimar führten zu keinem Ergebnis. Der Führer der Nationalsozialisten hielt an seinem während der Verhandlungen mit Hindenburg schriftlich dargelegten Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise fest, der seine Beauftragung mit dem Kanzleramt und die Verleihung besonderer Vollmachten forderte. Da Hindenburg diesen Vorschlag bereits abgelehnt hatte, war damit den Verhandlungsversuchen Schleichers zunächst der Erfolg versagt.

Unterdessen hatte sich im wechselvollen Spiel der Krise die Stellung Schleichers nicht gerade gefestigt. Auch von anderen Rechtsgruppen, namentlich von deutschnationaler Seite, wurden Bedenken gegen eine Betrauung Schleichers laut. Hier hatten vor allem seine zwischendurch laufenden Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und den sozialistischen Gewerkschaften verstimmt. Man konnte allerdings bereits eine gewisse Neigung Schleichers zu den Gewerkschaften, zu denen er schon als Angehöriger der Wehrmacht seit dem Umsturz gute Beziehungen unterhalten hat. Die Forderungen, die ihm die Gewerkschaften unterbreitet haben, sind allerdings alles andere als ermutigend. Sie verlangen nicht nur die Beseitigung der sozialen Härten, sondern vor allem, daß der richtige Grundgedanke des Wirtschaftsprogramms, die private Initiative, am Wendepunkt der Krise zu fördern und zu erwecken, wieder fallengelassen werde und an seine Stelle die Finanzierung wenig produktiver öffentlicher Arbeiten trete. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß Schleicher diesen bedenklichen Forderungen allzusehr entgegenkommen könnte. Man erinnerte auch daran, daß Schleicher führend an der Bildung und an der Erhaltung des Kabinetts Brüning durch zwei Jahre beteiligt gewesen sei. Schließlich wurde auch darauf hingewiesen, durch eine Beauftragung Schleichers bestünde die Gefahr, daß die Reichswehr im höheren Maße, als es wohl wünschenswert erscheine, in den innerpolitischen Meinungsstreit hineingezogen werden könnte.

Hinzu kam, daß der Reichspräsident selbst nach wie vor an Papen als dem Manne seines festen Vertrauens festhielt. So mußte schließlich mit einem Scheitern Schleichers gerechnet werden, wenn nicht im entscheidenden Augenblick ein Teil der Kabinettsmitglieder sich entschieden gegen die Wiederbetrauung Papens gewandt hätte. Papen selbst kam zu der Ueberzeugung, daß damit seine Stellung trotz des warmen Bekenntnisses Hindenburgs zu seiner Person untragbar geworden war. Er hatte erkannt, daß angesichts der schroffen Ablehnung seiner Person, vor allem durch das Zentrum und die NSDAP., seine Wiederbeauftragung schwerste Beunruhigung und den offenen Konflikt bedeuten mußte. Er teilte diese Bedenken dem Reichspräsidenten mit, der sich ihnen nicht verschließen konnte und, wie wir bereits geschildert haben, ihn in der ehrenvollsten Weise entließ. So wurde die Bahn in überraschender Wendung doch noch für Schleicher frei, in dem die Oeffentlichkeit schon seit langem den kommenden Mann sah. Er selbst wird sich wohl am wenigsten der Erkenntnis verschließen, wie ungeheuer schwierig die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben sind, die ihm gestellt sind. Wie er sie lösen wird, muß sich schon bald erweisen. Die Person Schleichers ist ja seit langem mit einem gewissen Nimbus des Geheimnisvollen umgeben. Seine Gewandtheit im Verhandeln, seine überlegene Ueberzeugungsgabe, sein rascher Aufstieg und der Einfluß, den er meist hinter den Kulissen auszuüben verstand, haben die Aufmerksamkeit weitester Kreise erregt. Man sah in ihm eine „politische Sphinx", zumal eigentlich keine Partei, keine politische Gruppe Schleicher für sich in Anspruch nehmen konnte. Dieser Ruf des Geheimnisvollen wurde durch die weitverbreitete Meinung erhöht, daß seit mehreren Jahren kein wichtiges Ereignis der politischen Entwicklung geschehen konnte, ohne daß General v. Schleicher seine Hand im Spiel gehabt hätte. Dazu kam, daß manche in ihm eine eiserne, diktatorische Erscheinung sehen. Das dürfte Schleicher, zum mindesten im landläufigen Sinne, nicht sein. Viel mehr liegt seiner Natur in erster Linie das Gefühl für Verständigung und Ausgleich bestehender Schwierigkeiten, gepaart mit der Gabe einer hohen Verhandlungskunst. Weit mehr dürfte für ihn die Bezeichnung des „sozialen Generals" zutreffen. In der Tat knüpft namentlich die politische Mitte bis zu den sozialistischen Gewerkschaften an diese Haltung Schleichers gewisse Erwartungen. Wieweit sie Schleicher zu erfüllen vermag, wird wohl erst die Zukunft lehren.

Zunächst einmal ist die Begrüßung, die Schleicher sowohl im mittelparteilichen Lager, vor allem auch im Zentrum, gefunden hat, warm. Namentlich dort ist man erfreut, daß Papen abgetreten ist, dem man es nie verziehen hat, die Nachfolgeschaft Brünings übernommen zu haben. Augenscheinlich erhofft das Zentrum eine Verlagerung des Schwergewichts des Kabinetts nach links und damit die Wiedergewinnung seiner unter Papen verloren gegangenen Schlüsselstellung. Die Deutschnationalen scheinen zunächst die Taten des Kabinetts abzuwarten. Dagegen haben die Nationalsozialisten bereits parteiamtlich mitgeteilt, daß für sie nicht einmal die Tolerierung Schleichers in Frage komme. Auch die Sozialdemokraten künden Schleicher bereits scharfen Kampf an. Angesichts der zunehmenden Radikalisierung des Marxismus ist diese Haltung nicht verwunderlich, zumal der Einfluß der gemäßigteren Gewerkschaften innerhalb der Sozialdemokratie wieder einmal stark im Rückgang ist. Aus all' dem zeigt sich bereits, daß die Aussichten Schleichers trotz des Wohlwollens der Mitte im Parlament recht gering sind. Auch das Kabinett Schleicher ist ein Präsidialkabinett, das seine Existenz lediglich von der Autorität des Reichspräsidenten herleitet. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß es nur als Uebergangslösung angesehen werden kann. Seine Existenz hängt im wesentlichen davon ab, daß es sich von Anfang an bemüht, die Einigung und Versöhnung der Nationalsozialisten mit dem Reichspräsidenten zustande zu bringen. Gelingt es Schleicher nicht, die Aufklärung der tragischen Mißverständnisse, die sich aus dem Briefwechsel Hitler—Meißner ergeben haben, zu beseitigen, dann ist vorläufig noch nicht abzusehen, wie es auf die Dauer dem Schicksal Papens entgehen soll. Dieser Kardinalfrage gegenüber sind die personellen Fragen der Zusammensetzung des Kabinetts von untergeordneter Bedeutung. Der Staatsmann Schleicher, der lange Zeit im Hintergrunde der hohen Politik gestanden hat, ohne sich übermäßig exponieren zu müssen, ist jetzt in das helle Rampenlicht der politischen Bühne getreten. Nicht nur von seinem sachlichen Programm, das wohl in seinen Grundzügen kaum von dem vom Reichspräsidenten ausdrücklich gebilligten bisherigen Programm abweichen dürfte, sondern vor allem von dem Problem der nationalen Konzentration wird sein persönliches politisches Schicksal abhängen und mit ihm das Schicksal des deutschen Volkes. In wenigen Wochen wird hierüber bereits die Entscheidung gefallen sein.

Verhandlungen über die Wirtschaftsministerien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Dez. General v. Schleicher hofft, sein neues Kabinett bis spätestens Sonnabendnachmittag fertiggestellt zu haben. Jedenfalls ist für diesen Zeitpunkt bereits eine Kabinettssitzung angesetzt.

Am Sonnabendvormittag wird der Reichswehrminister beim Reichspräsidenten zur Berichterstattung erscheinen.

Er ist bestrebt, das Kabinett so schnell wie irgend möglich zustande zu bringen. Nicht uninteressant ist, wie er die Frage der

Neubesetzung des Wirtschaftsressorts

im Reichskabinett anfaßt. Er hat dem Reichsernährungsminister v. Braun und dem Reichswirtschaftsminister Warmbold aufgegeben, sich über ein Wirtschaftsprogramm auszusprechen und sich darüber kurzfristig zu einigen. An dieser Besprechung, die heute nachmittag stattfand, nahm auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther teil. Kommen die beiden Minister zu keiner Einigung, so dürfte ihr Ausscheiden aus dem Kabinett sicher sein. Die Kandidatur v. Flemming-Patzig für das Reichsernährungsministerium wird in Abrede gestellt, die des Herrn v. Knebel als möglich bezeichnet. Für unwahrscheinlich hielt man in den Abendstunden einen Reichswirtschaftsminister Brauweiler. Die Kombination, daß Professor Götz Briefs von der Berliner Technischen Hochschule für das Arbeitsministerium in Betracht gezogen werde, dürfte schon wieder überholt sein. Für wahrscheinlicher hält man eine Besetzung des Arbeitsministeriums mit dem westdeutschen Schlichter Jötten. Schon in den Nachmittagsstunden hatte Herr v. Schleicher über die Besetzung des Arbeitsministeriums Aussprachen mit dem Führer der christlichen Gewerkschaften Otte — der ebenfalls als künftiger Arbeitsminister genannt wird — und dem Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften Leipart, denen vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband Herr Habermann beiwohnte. Als Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung kommt nach wie vor Landrat Gereke in Frage. Sicher ist, daß der gegenwärtige stellvertretende Reichskommissar für Preußen,

Dr. Bracht Reichsinnenminister

wird. Sein Amt als stellvertretender Reichskommissar und preußischer Innenminister wird er fürs erste beibehalten. Erst später soll ein anderer preußischer Innenminister ernannt werden.

Was die parlamentarischen Fragen angeht, so hat Herr v. Schleicher für den Sonnabend eine Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Göring in Aussicht genommen. Ob die Hoffnungen Schleichers, daß der Reichstag ihm gegenüber seine Opposition einschränken würde, in Erfüllung gehen, scheint angesichts der Haltung der NSDAP. einigermaßen zweifelhaft. Das neue Kabinett würde, was sein Erscheinen vor dem Reichstag angeht, die gleiche Taktik verfolgen, wie sie unter Papen am 12. September eingeschlagen wurde.

Man wird dem Reichstag ein Regierungsprogramm vorlegen und im übrigen eine legale Vertagung des Parlaments über Weihnachten betreiben.

Manchenorts glaubt man sogar, daß die Regierungserklärung überhaupt erst nach Weihnachten dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden wird.

Am Freitagnachmittag fand der angekündigte Besuch des deutschnationalen Führers

Hugenberg beim Reichspräsidenten

statt. Wie verlautet, hat der Reichspräsident über den Inhalt der bei diesem Anlaß gepflogenen Erörterungen volle Verschwiegenheit erbeten, so daß irgendwelche Mitteilungen von deutschnationaler Seite nicht gemacht werden. Die Deutschnationalen selbst haben sich ihre Stellungnahme gegenüber dem Kabinett Schleicher bis zu dessen voller personeller Besetzung vorbehalten. Man hört nur so viel, daß sie gegen eine Reichsregierung von Ministern wie Bracht, Gereke, Knebel, Warmbold und Otte eingestellt sind. Dr. Bracht wird von deutschnationaler Seite zum Vorwurf gemacht, daß er nicht scharf genug den preußischen Verwaltungsapparat in Ordnung gebracht habe. Im übrigen meint man, daß zwar die Regierungskrise beendet sei, nicht aber die Staats- und Wirtschaftskrise. Der Reichslandbund ist, wie man hört, auf schärfste Opposition eingestellt. Der Stahlhelm hat sich noch nicht geäußert. Alle Gruppen warten im Grunde ab, wie das Kabinett nun wirklich aussehen wird.

(Pressestimmen siehe Seite 2.)

Vor dem Reichstagszusammentritt

Berlin, 2. Dez. Im Reichstagsgebäude sind die Vorbereitungen für den Empfang der neuen Volksvertreter abgeschlossen. Im Plenarsitzungssaal hat man sich diesmal auf ganz wenige Veränderungen beschränkt, um an den Ausgängen mehr Raum zu schaffen. Im übrigen hat man die Zahl der Sitzplätze nicht in dem Maße vermindert, wie die Zahl der Abgeordneten zurückgegangen ist, so daß eine Anzahl von Plätzen in Zukunft frei bleiben wird.

Im „Reichsanzeiger" sind am Freitag die Namen der 584 Abgeordneten veröffentlicht worden. Die Annahmeerklärungen liegen jetzt sämtlich vor, und das Wahlergebnis ist endgültig festgestellt. Damit ist nicht gesagt, daß sich in den nächsten Tagen nicht noch kleine Verschiebungen bei den einzelnen Parteien ergeben werden. So liegt jetzt schon eine Mitteilung vor, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Kirchheim sein Mandat niederlegt, so daß an seine Stelle der frühere Abgeordnete Wolkersdörfer treten würde.

Zum Zusammentritt des Reichstagsplenums haben jetzt auch die meisten Fraktionen Sitzungen anberaumt. Am Montagnachmittag treten bereits das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zusammen.